

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 52. 32. Jahrg.

27. Dezbr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Verlag: Otto Siemer, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schindler Leipzig, Auguststr. 8. o.

Insertio. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Zum Erlöserfest. Rundschau. Unser Ausfuhrhandel. — **Allgemeines:** Umsatzsteuer und Lithographiegewerbe. — **Feuilleton:** A me, kleine Valuta. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An die Mitgliedschaftsvorstände und Leser!

Das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1919 der Graphischen Presse befindet sich im Druck. Bei der herrschenden Papierknappheit werden wir nur so viel Exemplare herstellen lassen, als tatsächlich gebraucht werden. Wir bitten daher umgehend der Expedition: **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Auguststraße 8**, Mitteilung zu machen wer Bedarf hat und wieviel Verzeichnisse gebraucht werden. *Der Verbandsvorstand*

Infolge Papiermangel kann das Verzeichnis der tariffreien Firmen erst Anfang Januar beigelegt werden. *Die Expedition*

Zum Erlöserfest.

»Neben jeder Krippe, worin ein Heiland, eine welterlösende Idee, den Tag erblickt, steht auch ein prosaischer Ochs, der ruhig frißt«, so sagt Heinrich Heine. Er gibt damit ein anschauliches Bild von der Indifferenz, die auch von den größten Ereignissen, von den weltbewegendsten Gedanken nicht ergriffen wird und als alleinigen Lebenszweck die Füllung des Magens, die Befriedigung der körperlichen Bedürfnisse betrachtet. Unsere Feste, aus uralter Zeit überkommen, sind Träger, Symbole gewisser Ideen, daneben aber waren sie immer Gelegenheiten für ausgiebige Magenfreuden. Das trifft in besonderem Maße auf das Weihnachtsfest zu, das ehemals als Julfest der Nordgermanen zwölf Tage mit großen Gelagen gefeiert wurde und ja auch späterhin noch zu mancherlei Verdauungsbeschwerden den Anlaß gab. Der geistige Inhalt kam gegenüber der physischen Erbauung vielfach zu kurz, und die Erlöseridee mußte oft zurücktreten vor der Frage, ob der Kuchen gut geraten sei.

Nun haben die Zeiten für eine harte, allzu harte Umkehrung gesorgt. Die verrante Militärpolitik der letzten Jahre hat das deutsche Volk wirtschaftlich auf einen solchen Tiefstand gebracht, daß es sich über seinen Festbraten den Kopf nicht zu zerbrechen braucht und, wenn es sich schon festliche Freuden gönnen will, heute fast ausschließlich auf geistige Getränke angewiesen ist. Die Hungerzeit, die wir seit Jahren durchleben, der Mangel am Nötigsten, der uns überall umstarrt und Opfer über Opfer an Gesundheit und Leben fordert — was sind sie anders als eine Folge der schmachvollen Indifferenz, die schon vor dem Kriege einen großen Teil des Volkes gebunden hielt und die unglaublich törichte Politik der kühler Herrschenden erst möglich machte?

Alles rächt sich. Weil die große Masse der Gleichgültigen ihr Geschick unbekümmert von den Händen weniger lenken ließ, weil so viele nur um die Befriedigung ihrer alltäglichen Bedürfnisse sorgten und den engen Zusammenhang ihres persönlichen Schicksals mit den großen Fragen der Menschheit nicht erfaßt hatten, darum mußten unzählige Blutopfer fallen, darum mußten und müssen wir noch die Hölle eines Daseins durchwandern, das,

wenigstens in physischer Beziehung, kaum noch lebenswert genannt werden kann.

Und doch ist schon mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen, seit uns der Erlöser Sozialismus, seit die Sozialdemokratie als Arbeiterin an der Befreiung der Menschheit von allen leiblichen und geistigen Bedrängnissen geboren wurde, und auch die Tätigkeit der Gewerkschaften sieht auf Jahrzehnte zurück. Auch sie sind ja im Grunde nichts anderes als ein Stück Sozialismus.

So sollst du sein . . .

Von Ernst Preczang.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum,
Wenn dich Wetter und Stürme geschlagen:
Grad aufwärts rede dich in den Raum,
Und freudiges Licht sollst du tragen
Im Auge den Glanz und im Herzen die Glut,
Auf den Lippen die Worte, die hellen
Daß um dich erwachen die Quellen
Der Seelen in heiterem Mut.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum,
Der Ernte froher Verkünder:
Wie aus dem Märchen, wie aus dem Traum
Die Frucht wächst für hungrige Mäuler:
Wie lahender Apfel und goldene Nuß
Dem glaubigen Schafte winken
Und verheißende Sterne blinken
In der Tage rauschenden Fluß.

So sollst du sein wie der Weihnachtsbaum:
Gelassen die Zweige spreiten
Und über die Jugend den silbernen Schaum
Warmhüchelnder Hoffnung breiten.
Aus buntem Flitter und blinkendem Tand
Aufzaubere den männlichen Willen:
Mit Schönheit die Welt zu erfüllen,
Mit schmückenden Wundern das Land.

So sollst du sein wie der Weihnachtsbaum:
Von allem Hasse geschieden,
Im kleinen Kreise, im engen Raum
Ein ruhiges Bild von Frieden.
Ein Bild der Kraft und der Zuversicht,
Beret, alle Früchte zu spenden
Und zaghende Trübsal zu wenden
In Freude, Schönheit und Licht.

Ihm ging es, wie es allen Erlösern, allen großen, neuen Gedanken ergeht; er wurde beschimpft und bespottet, verfolgt und geächtet, verhöhnt und mit allen Mitteln, mit skrupelloser Gewalt, mit Lüge und List bekämpft und geknechtet. Die Herrschenden und Bevorrechteten zitterten vor ihm. Was die große Menge nicht sofort sah, sie sahen es: daß hier eine Macht heranwuchs, die den Willen des Volkes zur Geltung bringen und die Gesellschaft in ihren Grundlagen erschüttern und umwandeln mußte. Sobald der behandelte Mensch, das Objekt, zum Subjekt, zum selbst handelnden, staatsgestaltenden Wesen wurde, war es mit der Privilegienwirtschaft der Wenigen vorbei. Wenn der sozialistische Grundsatz: »Alles durch und für das Volk!« zur Anerkennung und Auswirkung kam, fiel alles, was auf dem jahrhundertlang gepflegten Autoritätsglauben beruhte. Darum verteidigten die Herrschenden ihre Position mit Klauen und Zähnen — und ihre besten Verbündeten waren die Indifferenz und eben jener Autoritätsglaube, der alles Erleben wie eine unabänderliche Anordnung aus höheren, weiseren Regionen unesehen hinnimmt.

Wohl murrten auch manche, die sich zu einer gründlicheren Erkenntnis nicht durchdringen konnten. Aber das Ende vom Liede war, wenn dem augenblicklichen Zorn nicht sofort die Frucht in den Schoß fiel, doch immer wieder der Kehrreim: Was mal ist, läßt sich nicht ändern. Und: aller Segen kommt von oben. Es bedurte der fürchterlichen Erfahrungen der Kriegszeit, um den Zweifel übermächtig zu machen. Was der Soldat im Felde, was die Arbeit in der Heimat erlebten — es wirkte schließlich mit so eindringlicher Belehrung, daß der Glaube an die Weisheit und den guten Willen der alten Autoritäten restlos zusammenbrach und in seinem Sturze das ganze System der Volksbevormundung mit sich riß.

Die große Welle der Empörung verschlang den Willen der Privilegierten und trug den Volkswillen nach oben. Die Gleichgültigkeit der großen Masse wich einer heißen Anteilnahme. Weil der Wille des Volkes einmütig nach einer Richtung drängte, fiel ihm fast kampflös der Sieg zu. Die Reaktion verkroch sich in ihre dunklen Löcher und verhielt sich mäuschenstill, klar erkennend, daß sich gegen den einmütigen Sturm der Betrogenen nicht abblasen lasse.

Als aber die Wetter sich zu legen begannen, als der Zwist in der Arbeiterschaft sich ausbreitete, wagte auch das alte Nachtgespenst sich wieder hervor. Je mehr der gesammelte Druck von unten nachließ, weil er seine Energien im eigenen Lager verpulverte, desto kühner wurden die Herrschaften von gestern wieder. Dreist und gottesfürchtig, wie sie nun einmal sind, wenn ihnen die Faust nicht im Nacken sitzt, trompeten sie schon wieder zum Sammeln und, man muß es ihnen lassen: sie sind nicht so töricht, einander zu zerfleischen. Nein, sie sind durchaus darin einig, daß das deutsche Volk nun von sich selber befreit werden müsse — auch sie Erlöser, aber mit dem Gesicht nach hinten. Was ein Sieg »dieser Elemente« — wir können uns ja auch einmal so ausdrücken — für Deutschland bedeuten würde, weiß jeder. Weiß es wirklich jeder?

Wissen es die, die ihre Sprengkapseln auch an den festesten Sammelkern der Arbeiterschaft, an die Gewerkschaften, legen und damit den kräftigsten Hort wirtschaftlicher und sozialer Gemeinschaftsarbeit in Gefahr bringen?

Weiß es die große Schar jener Leute, die anfänglich der Republik jubelten und, weil ihre Träume vom großen Butterbrot nicht von heute auf morgen reifen, schon wieder bereit sind, gedankenlos Hurra zu schreien, wenn ein abgewirtschafteter General oder eine leere Prinzenkutsche vorüberfährt?

Täuschen wir uns nicht. Die Revolution war zum großen Teil eine Folge rein negativer Empfindungen, nur zum kleineren Teil war sie das Ergebnis einer positiven sozialistischen Erkenntnis. Der so notwendigen Erkenntnis, daß an die Stelle des blinden Glaubens, der alles von oben erwartet, die eigene mitschaffende Kraft treten müsse.

Der rechtlose Sklave hat keine Verantwortung. Er ist wie ein Ding, ein Gegenstand, mit dem andere nach Belieben verfahren. Wer aber selber über sein Geschick entscheidet, wer mitbestimmen darf über die Gestaltung

der Gesellschaft, der ist auch mitverantwortlich für das Werden und Sein der Zustände und kann nicht einfach alle Schuld an den Unvollkommenheiten auf die Inhaber der Ämter abschieben. Die Regierung ist immer nur der sichtbare Ausdruck des Willens, der sich durchsetzt, weil er vorhanden und tätig war.

Hunderttausende aber sind, die einfach ihren Autoritätsglauben wechselten, nicht ihn aufgaben. Die wohl den Glauben an die alten irdischen Götter verloren, aber nun wartend vor den neuen Männern stehen: »Gebt! Erlöst ihr uns. Spendet ihr die Seligkeit, die ja aus der Höhe kommen muß.«

Sie kann, sie wird nicht aus der Höhe kommen. Hier ist der Punkt, in dem das Volksdenken einer gründlichen Wandlung bedarf.

Wie das, was geworden ist, aus einer jähen, vereinten Anspannung des Volkswillens erstand, wie hier die Energien nach oben strahlten und das Alte stürzten, so kann das, was an neuem noch werden soll, nur von unten aufwärts wachsen in durchdachten Willen und ausdauernder Pflege.

So betrachtet, hat heute jeder sein Amt. Das aber zwingt dazu, sich mit dem Sozialismus vertraut zu machen, um sich als mit-schaffendes Glied im Volksganzen fühlen und betätigen zu können. Wir sind ja nicht nur Abrißunternehmer, sondern sehr stark mit sozialen Neubauten beschäftigt. Da ist es Pflicht, so tief wie möglich in die Technik des Handwerks einzudringen und Theorie und Praxis zu harmonischer Auswirkung zu bringen.

Das ist, so glauben wir, der beste Weg zur Erlösung der Arbeit aus ihren letzten Fesseln und zum Aufstieg der Menschheit in das Land einer Kultur, das keine hungrige Weihnacht mehr kennt und jeden Heiland, d. h. jede aufwärts führende Idee, mit Freuden begrüßt.

Rundschau.

Bindung des Gewerbegerichts an den Spruch eines Tarifschiedsgerichts. Infolge der behördlichen Schließung der Druckerei der Zeitung »Der Kommunist« in Bremen verlangte eine Anzahl Setzer, ein Maschinenmeister und ein Faktor im Klagewege Entschädigung für 3 Wochen. Die Beklagte lehnte Zahlung für mehr als 3 Tage ab, da die Schließung auf höhere Gewalt zurückzuführen sei. Das Tarifschiedsgericht, vor dem die Kläger den Standpunkt vertraten, es läge keine höhere Gewalt vor, weil die Beklagte die Schließung des Betriebes hätte vermeiden können, wenn sie die Angriffe auf die Regierung unterlassen hätte, verurteilte zur vollen Lohnzahlung. Da Zahlung trotzdem nicht erfolgte — der Schiedspruch war unwirksam, weil die Zusammensetzung des Schiedsgerichts ungesetzlich war — wandten sich die Kläger an das Gewerbegericht Bremen, das mit Urteil vom 2. 9. 19 der Klage stattgab. Aus den Gründen: Der Schiedspruch ist kein wertloses Stück Papier und hat nicht nur bei freiwilliger Erfüllung Geltung. Nach dem Willen der Vertragsschließenden ist das Schiedsgericht gebildet und zur Entscheidung berufen, die Schiedsrichter haben ihren Spruch gefällt, alles entsprechend dem Vertragswillen der Parteien. Diese wollten sich also dem Schiedspruch unterwerfen und unter den Parteien sollte das Rechtens sein, was die Schiedsrichter nach ihrer gewissenhaften Überzeugung bestimmten. Da dieser Parteiwille materiell-rechtlich maßgebend sein muß, so hat das zur Folge, daß zwar aus prozeßrechtlichen Gründen ein Verfahren vor dem angerufenen Gewerbegericht stattzufinden hatte, das Gericht jedoch an die in dem Schiedspruch ausgesprochene Entscheidung im übrigen gebunden ist, so daß ein Eingehen auf die materielle Seite des Prozesses sich erübrigt. Das Urteil hatte mithin lediglich den Inhalt des schiedsgerichtlichen Erkenntnisses zu wiederholen, zumal auch die Höhe der einzelnen klagerischen Ansprüche nicht bestritten ist.

Entschließung zum Betriebsrätegesetz. Die vom 4. bis 7. Dezember 1919 in Berlin tagende Konferenz sämtlicher Hauptfunktionäre des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Gehilfenorganisation) protestiert mit Entschiedenheit gegen die aus Zeitungsverlegervereinigungen und aus dem »Zeitungsverleger« (dem offiziellen Organ der Zeitungsverleger) kommenden Bestrebungen und Eingaben, die durch Reichsgesetz einzuführenden Betriebsräte für die Zeitungsbetriebe in ihren wichtigsten Funktionen unwirksam zu machen oder überhaupt auszuschalten. Die Konferenz ist im Gegensatz zu diesen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Betriebsräte auch für die Zeit-

ungsbetriebe in dem gesamten Umfang ihre Tätigkeit ausüben können und im Interesse der Betriebsarbeiterschaft auch ausüben müssen. Die Konferenz erklärt es aber als selbstverständlich, daß die Betriebsräte keine Handlungen unternehmen dürfen, die mit der Pressefreiheit unvereinbar sind oder geeignet sein können, das Redaktionsgeheimnis zu gefährden.

Wie soll man sozialisieren? Im »Grundstein« schildert L. Bossi die Bauarbeitergenossenschaften in Italien. Er legt einleitend die Voraussetzung zu jeder Sozialisierung fest, indem er bemerkt:

Das andauernde Rufen nach Maßnahmen der Regierung, um die Sozialisierung der Produktionsmittel in die Wege zu leiten, fängt an, lächerlich zu wirken. Man hat den Eindruck, daß sich dahinter eine recht große Hilflosigkeit verbirgt, eine Ratlosigkeit und zugleich ein Mangel an Zuversicht in die eigene Kraft, weshalb man nach guter alter deutscher Tradition nach oben schaut und von dort alles Heil erwartet.

Zu verwandern ist das schließlich nicht. Die deutsche Arbeiterbewegung hat sich vor dem Kriege wenig Kopfzerbrechen darüber gemacht, wie man sozialisieren könnte; sie hat sich damit begnügt, den Gedanken nur so ganz allgemein zu propagieren. Sie hat sich ängstlich gehütet, auch einmal selbst etwas zu probieren, etwas Neues zu schaffen, Mittel zu suchen, um den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Und gerade diejenigen, die heute wie besessen nach der Sozialisierung schreien und sich dabei wunder wie aufgeklärt und revolutionär vorkommen, gerade die sind es, die die alte verkehrte Richtung auch fernerhin einschlagen möchten. Hätte man früher in Deutschland den Genossenschaftsgedanken besser gefördert, die finanzielle Macht der Gewerkschaften in dessen Dienst gestellt, dann hätten wir heute ganz andere Ansätze zum Sozialismus, dann hätte vor allen Dingen die große Masse der Arbeiter etwas mehr von jenem sozialistischen Geist in sich, ohne den nun einmal eine Sozialisierung nicht möglich ist.

Bossi setzt weiter auseinander, warum und wie die italienische Regierung die Genossenschaften gefördert habe und meint, in Deutschland müßten vor allen Dingen aus der Genossenschaftsgebäude alle jene Bestimmungen ausgemerzt werden, die einer vollen Entwicklung hinderlich seien:

Denn auf dem Genossenschaftswege kommen wir am schnellsten zur Sozialisierung. Und auch wir müssen jetzt alle Mittel anwenden, die kapitalbildend wirken, um aus dem jetzigen Elend herauszukommen.

Endlich weist Bossi noch auf den hohen idealen Sinn hin, von dem jene italienischen Genossenschaften durchdrungen seien, der jede »de Profitmacherei ausschließt, die Überschüsse in weitgehendem Maße gemeinnützig verwendet und eine bewunderungswürdige Hingabe an den Betrieb und ruhige, freiwillige Unterordnung unter die eingesetzte Leitung mit sich bringe. Mit dem gegenwärtig grassierenden Egoismus und der vielfach hervortretenden Unbotmäßigkeit komme man nicht zum Sozialismus.

Güter- und Warenwirtschaft. Unsere bisherige Wirtschaft war Warenwirtschaft. Das hergestellte Gut verwandelte sich unmittelbar nach seiner Herstellung in eine Ware um. Es ging als Ware auf den Markt, um sich dort den höchsten Preis zu suchen. Dieses Verhalten der Güter kennzeichnet den Zweck unserer Wirtschaft. Danach besteht der Zweck der Wirtschaft — Güterherstellung und Güterverteilung — darin, dem Gut einen möglichst hohen Preis zu sichern. Der Zweck aller Wirtschaft müßte allerdings sein, alle Güter herzustellen und zu verteilen, um die Menschen mit Gebrauchsgütern zu versorgen. Weil unserer bisherigen Wirtschaft dieser einzig vernunftgemäße Zweck zwar gesetzt ist, sicher aber nur in sehr seltenen Fällen in ihr erfüllt wird, bewegt sich unsere Wirtschaft auf der Bahn des Irrtums, sie nützt wenigen und beachtet die Massen der anderen Wirtschaft Beteiligten. Die Warenwirtschaft macht alles hergestellte Gut zum Werkzeuge des persönlichen Gewinns, zum Gegenstande der Spekulation, unbekümmert um den Versorgungszweck. Man soll sich nicht über Wucher und ähnliche Mittel zur Preistreiberei wundern, wenn man Warenwirtschaft will.

Gewiß, die meisten Menschen denken nicht über die Begriffe Warenwirtschaft und Güterwirtschaft nach. Auch sie wünschen eine Wirtschaft zur Versorgung der Menschen mit Lebensgütern. Es wird nun aber hohe Zeit, daß man anfangt, über diese Dinge nachzudenken und, dabei mit der Nase auf die Wahrheit gestossen, an der Einrichtung der Versorgung: wirtschaft mitarbeite. In unserer genossenschaftlichen Verbraucherwirtschaft ist die Möglichkeit bewiesen, zu dieser Vernunftwirtschaft zu gelangen. Wer diese Wahrheit nicht begreifen will, mag draußen bleiben; alle aber, denen daran liegt, aus dem Unsinn der Warenwirtschaft heraus und in die des Gewinns entkleidete Güterwirtschaft zu gelangen, sollen konsumgenossenschaftlich wirtschaften helfen.

Die Gewerkschaftsseele. Seit der Revolution hat die Gewerkschaftsbewegung einen nie geahnten Aufschwung genommen. Viele Tausende, die ihr erst fernstanden, stehen jetzt in den Reihen der schon solange kämpfenden Brüder, und es ist ihre Pflicht, nun auch innerlich immer mehr hinein-

zuwachen in den gewerkschaftlichen Geist. Viele von ihnen glauben, durch die Mitgliedschaft des gewerkschaftlichen Verbandes am letzten Ziel zu sein. So groß und weit ist aber die gewerkschaftliche Welt, daß man sie niemals in ihrer ganzen geistigen Schönheit schauen kann. Immer wieder zeigen sich uns neue Blicke geistiger Schönheit und seelischen Glücks. Eine ganz neue Art des Lebens gibt uns der Gewerkschaftskampf: Erleben ist er uns. In sich fühlt jeder das Ganze seiner Brüder, und das Ganze ist die Einheit von Tausenden eines Herzschlages. Sein eigenes Ich gibt jeder froh dem Ganzen hin; er geht auf in der Gemeinschaft. Nicht ich, nein: Bruder sein ist sein höchstes Glück. Und dieses freudige Erleben alles Besten nicht nur für sich, sondern auch für alle seine Brüder macht reicher und voller auch sein eigenes Herz. Das ist der beglückende Zauber eines durchgeistigten Seins, daß Geben zugleich Nehmen ist: ein lebendige-Fließen seelischen Erlebens vom einzelnen auf alle und von allen auf jeden, ein ewig steigendes Hin und Her, das jeden voller macht und alle glücklich. Auch viele außerhalb unserer Reihen mögen solch geistiges Leben anerkennen als höchstes Menschheitsziel. Gewerkschaftlich müssen sie aber kämpfen mit uns, wenn sie die praktische Voraussetzung solch durchgeistigten Lebens erringen wollen. Nur wenn die wirtschaftlichen Vorbedingungen erfüllt sind, ist möglich das freie seelische Glück. Nicht materieller Selbstzweck ist da der gewerkschaftliche Kampf; er ist der Boden, auf dem allein ein wahrhaft sittliches Leben erstehen kann. Die Einheit von einem und allen, die Liebe der Brüder ist unser edelstes höchstes letztes Ziel.

Unser Ausfuhrhandel.

Von R. Schmidt, Reichswirtschaftsminister.

S. A. K. Als zu Beginn des Jahres unsere Industrie unter den fortgesetzten Störungen, die die politischen Unruhen und Streiks hervorriefen, schwer darniederlag und es nahezu fraglich erschien, ob es uns überhaupt gelingen würde, die Produktion so zu heben, daß wir wieder auf dem Weltmarkt erscheinen würden, wurde allgemein die Förderung der Ausfuhr gefordert.

Vor allem waren sich Industrie und Handel darüber einig, daß alle Hemmungen in der Ausfuhr, soweit sie nicht unbedingt notwendig zur Deckung des Bedarfs im Inlande waren, beseitigt werden mußten. Ob die Kontrolle des Ausfuhrs bewirkt würde durch irgend eine bürokratische Verwaltungsorganisation oder eine Organisation, die von den Interessenten selbst geführt und geleitet wird, erschien nicht entscheidend für die Frage einer freien Betätigung des Handels und Verkehrs. Man behauptete, daß der Handel in der Lage sei, alle die Kredite zu erschließen, um unsere Einfuhr weit über das Maß hinaus zu bringen, das bisher durch die Vermittlung der Reichsstellen und der Regierung möglich war. Gebt uns den Handel frei, wir werden dann die Versorgung Deutschlands übernehmen! Das war ein vielgehörter Ausspruch, der in allen Variationen nahezu in der gesamten bürgerlichen Presse zu finden war.

Was ist aus den Versprechungen geworden? Zwar sind nicht unerhebliche Kredite durch Private nutzbar gemacht, aber es besteht heute kein Zweifel, daß sie nicht ausreichten, um das zu erfüllen, was man versprach. Deshalb konnte auch der Abbau der Zwangswirtschaft nicht so schnell erfolgen, wie es bei einem Gelingen der Flüssigmachung des privaten Kredites möglich gewesen wäre.

In der Beurteilung der Freiheit der Ausfuhr ist so zienlich in der gesamten bürgerlichen Presse ein Umschwung eingetreten, und heute redet man mehr von einem Zwang als von einer Freiheit des Ausfuhrhandels. Man begibt sich dabei von dem einen Extrem in das andere und vergißt, daß eine Freiheit der Ausfuhr und der Einfuhr gegenwärtig überhaupt nicht besteht. Zur Klarheit der Beurteilung sei in Kürze festgestellt, daß nur für eine geringe Anzahl Rohstoffe der Industrie eine Freiheit der Einfuhr bestand, für einen Teil der Rohstoffe Kontingente festgelegt wurden, also eine beschränkte Einfuhr bestand, und im allgemeinen Luxusgegenstände und Fertigfabrikate von der Einfuhr ausgeschlossen wurden. Nur bei den letzteren ist von Fall zu Fall, um einen dringenden Bedarf zu befriedigen, eine Ausnahme gemacht. Bei der Ausfuhr ist grundsätzlich so verfahren, daß Gebrauchsgegenstände, die dringend im Inlande benötigt wurden, für die Ausfuhr nicht freigegeben wurden. Für Lebensmittel bestand ein striktes Verbot der Ausfuhr. Die Strafen für die Übertretung dieser Vorschriften sind in letzter Zeit erheblich verschärft worden. Wenn diese hier kurz dargelegten Grundsätze streng durchgeführt würden, so wäre den volkswirtschaftlichen Anforderungen vollauf Genüge getan.

Leider steht die Durchführung dieser Anordnungen in Frage, denn wir haben keine Zollverwaltung, die ihre Befugnisse auf die Kontrolle der gesperrten Ein- und Ausfuhr ausdehnen könnte. Solange dieser Zustand besteht, haben alle Verordnungen und Anweisungen keinen Zweck oder sind doch in der Wirkung dürftig. Es nützt nichts, die Ausfuhr einer Ware zu verbieten und die Ein-

für von Luxusgegenständen zu untersagen, wenn an der Westgrenze die Zollbehörde kein Recht hat, für die Waren, die in das besetzte Gebiet einströmen, eine Kontrolle in der hier bezeichneten Art auszuführen. Es ist kein Geheimnis, daß von dort aus ein regelrechter Verkehr in das Inland sich vollzieht. Das Reichswirtschaftsministerium wird durch eine besondere Verordnung verfügen, den Verkehr zu untersagen, und zwar sollen alle in das Inland unerlaubt eingeführten Waren restlos beschlagnahmt werden. Die Beschlagnahme wird sich auch auf die Detailgeschäfte ausdehnen. Auf diese Art wird dem unerlaubten Verkehr ein erhebliches Hindernis bereitet, ob man damit einen vollen Erfolg erzielen wird, muß abgewartet werden.

Während noch vor einigen Monaten in der Nationalversammlung von den Rednern aller bürgerlichen Parteien und auch in der ihnen nahestehenden Presse der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß die Preiskontrolle bei der Ausfuhr der Waren eine ganz unnötige Belastung des Handels sei, denn der Handel würde schon die bei dem ungünstigen Valutastand günstige Situation vollständig ausnützen, wird jetzt doch von vielen Seiten diese Preiskontrolle bei der Ausfuhr von Waren von einer hiermit beauftragten Organisation wieder als notwendig erachtet. Kehrt man jetzt zur schärferen Preiskontrolle zurück, wie es im Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt ist, so wird es nicht an Angriffen fehlen, die eine Änderung des Systems in dieser Rückkehr zur Preiskontrolle erkennen wollen. Die Anwendung eines bestimmten Systems unter den gegenwärtigen Schwänken der wirtschaftlichen Verhältnisse ist nicht möglich. Die Maßnahmen müssen sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Niemand konnte voraussehen, daß ein so starker Rückgang in unserer Valuta eintreten würde und daraufhin seine Dispositionen treffen. Denn zu dieser Preiskontrolle drängt uns nur die große Entwertung unserer Zahlungsmittel, da anscheinend die Preisfestsetzung für Waren nach dem Ausland zu niedrig erfolgt. Wir schädigen uns selbst, wenn wir nicht die Preise vom Ausland nehmen, die wir erlangen können, und rufen im Ausland gegen uns eine Mißstimmung wach, weil wir durch Unterbietung der Preise eine unangenehme Konkurrenz betätigen. Übrigens besteht seit langem für einige Industrien die Preiskontrolle. Die chemische Industrie, die Kleinteilmindustrie, der Kohlen- und Kalibergbau kontrolliert die Ausfuhr. Dabei wird es empfehlenswert, die überschuldigen Hoffnungen, die an eine solche Preiskontrolle geknüpft werden, sehr einzuschränken. Eine Organisation, die eine monatliche Ausfuhr von ungefähr einer Milliarde Mark kontrollieren soll, läßt sich weder mit großer Schnelligkeit herbeiführen, noch darf man mit Sicherheit erwarten, daß eine solche Einrichtung restlos die gegenwärtigen Übelstände beseitigt. Die Preiskontrolle kann für einige Industrien mit ihren tausenden von Warenartikeln nur eine oberflächliche sein, wenn sie nicht in unserem Handel und Verkehr neue Störungen hervorrufen will. So einfach wie in der Theorie die Sache sich gestaltet, in der Praxis türmen sich viele Hindernisse auf.

Eine der oft wiederholten Klagen ist die, daß Ausländer hier im Lande zu Inlandspreisen Waren aufkaufen, um sie dann zu einem unerhört niederen Preis im Ausland zu verwerfen zu können. Wie soll nun dieser Ausländer von der Außenhandelsstelle, die die Kontrolle über die Preisprüfung hat, gefaßt werden. Man wird von ihm einen Nachweis fordern, zu welchem Preise er die Ware angekauft hat! In vielen Fällen wird es ihm nicht schwer sein, diesen Nachweis so zu führen, daß der angeblich gezahlte Preis den Anforderungen der Außenhandelsstelle entspricht. Wenn er aber tatsächlich zu billig eingekauft hat und ehrlich diesen Nachweis führt, so wird ihm die Außenhandelsstelle die Ausfuhr der zu billig eingekauften Ware untersagen. Vielleicht übergibt er die Ware nun einem anderen Kaufmann zu dem nötigen höheren Preis, der nunmehr die Ausfuhrerlaubnis erlangt. Wird es der Außenhandelsstelle möglich sein, alle diese Manipulationen, die sofort einsetzen, zu unterbinden? Man könnte vielleicht den Einwand erheben, es sollte der Ausländer überhaupt keine Waren zur Ausfuhr hier aufkaufen und ihm die Genehmigung zur Ausfuhr versagt werden. Eine solche Anordnung würde dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages widersprechen, wonach Ausländer den Inländern im Handelsverkehr gleichgestellt werden müssen. Für den überseeischen Handel werden natürlich aufs neue die Erschwernungen in die Erscheinung treten, die bisher schon Gegenstand lebhafter Klagen waren. Das große Exporthaus, das viele Warengattungen zu exportieren hat, muß, um die Ausfuhrerlaubnis zu erlangen, bei der von jeder Fachgruppe errichteten Außenhandelsstelle um Genehmigung nachsuchen, und wenn sich da auch alles in bester Ordnung vollzieht, so sind die Hindernisse, die hierbei der schnellen Abwicklung des Verkehrs entgegenstehen, sicherlich nicht ohne Bedeutung.

Kompliziert wird die Frage der Preisprüfung auch dadurch, daß der Valutastand für die Preisehöhe beim Verkauf in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist. Wir können nach dem Westen und den nordischen europäischen Staaten eine ungefähr gleichmäßige Preisliste aufstellen; erheblich anders gestaltet sich die Sache, sobald wir unseren Verkehr mit den Oststaaten wieder aufnehmen. Hier erscheint es schon fraglich, ob wir mit diesen hohen

Preisen, wie sie gegenwärtig die Waren aus dem Osten nach dem Westen unsere Handelsbeziehungen wieder aufnehmen können. Es ist fernerzuzusetzen, daß die Preise für die Waren über diejenigen Grenzen hinausgehen, für die die niedrigsten Preise festgesetzt werden, es wäre eine Wiederholung dessen, was die Einführung des Goldzollens zu Wege gebracht hat.

Die günstige Lage der Industrien, die erheblich am Export beteiligt sind, hat den Anspruch laut werden lassen, daß die Konjunkturgewinne, die bei der Ausfuhr erzielt werden, zu einem Teil in Form eines Auslandszollens für die Staatskasse in Anspruch genommen werden sollten. Der niedrige Stand der Valuta wirft besonders den Unternehmungen, die ihre Rohstoffe auf dem heimischen Markt finden, einen sehr erheblichen Konjunkturgewinn in den Schoß. Es wäre deshalb nicht mehr als billig, wenn diese hohen Gewinne nicht von Handel und Industrie allein beansprucht werden. Nur muß man sich darüber klar sein, daß der Ausfuhrzoll, der für einige Industrien sehr hoch sein könnte, nicht die Frage löst, wie die Preise die angemessene Höhe erreichen. Hier wird doch nur eine gute Preiskontrolle den Erfolg zeitigen können.

Es ergibt sich aus den dargelegten Bedenken gegen alle die Vorschläge, die zur Lösung der gegenwärtig schwierigen Aufgabe gemacht werden, da es ein Mittel, das restlos die Übelstände beseitigt, nicht gibt. Es kann sich nur um eine Milderung der Schäden handeln. Alle Erfahrungen, die wir während der letzten fünf Jahre gemacht haben, lassen auch deutlich erkennen, daß nicht in jedem Falle das Wirtschaftsgetriebe durch irgendwelche Anordnung in die Bahnen geleitet wird, die uns nützlich und gut erscheinen. Die Kräfte sind stärker und entwinden sich der Leitung. Besonders gilt dies für eine Zeit, wo es an einer strengen Ordnung fehlt, die die Voraussetzung für die Reglementierung wäre. Auch für eine von der Industrie mit dem Handel selbst geführten Organisation trifft dies zu. Der »Große Ausverkauf«, über den in den letzten Wochen sehr viel berichtet wird, ist nun unangenehm durch den billigen Verkauf; aber fast möchte man annehmen, daß heute sehr viele Leute auf einmal entdeckt haben, daß wir zuviel ausführen. Unsere Ausfuhr kann gar nicht groß genug werden, sie ist die einzige Rettung. Und wenn selbst heute in allen Geschäften Luxusgegenstände oder andere Gebrauchsartikel, die nicht ein notwendiges Bedürfnis decken, vollständig aufgekauft werden und nach dem Auslande gehen, so ist das kein Unglück, denn wir werden uns daran gewöhnen müssen, für die kommende Zeit unsere Ansprüche herabzusetzen. Wir müssen arbeiten und werden unsere Waren nach dem Auslande ausführen, um leben zu können denn nur so können wir unsere Schulden bezahlen im Ausland und die notwendigen Lebensmittel hereinbringen. Natürlich wollen wir unseren Gläubigern nicht mehr zahlen, als notwendig ist und deshalb werden wir versuchen die Werte, die wir zu vergeben haben, so unseren Gläubigern in Anrechnung zu bringen, daß wir dabei keinen Schaden erleiden und unser Renomee nicht gefährdet wird durch den Vorwurf, wir bringen zu Schleuderpreisen die Ware auf den Weltmarkt.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Umsatzsteuer und Lithographiegewerbe.

In Nummer 5 der »Graphischen Presse« haben wir in dem Artikel: »Eine neue Steuerbelastung« auf die Gefahren hingewiesen, die dem deutschen Lithographie und Steindruckgewerbe durch die von der Regierung geplante Umsatzsteuer drohen. Wir haben ferner berichtet, daß sich das Tarifamt für das Lithographie- und Steindruckgewerbe in vier Eingaben an die deutsche Nationalversammlung gewandt hat. Außerdem hat eine vom Tarifamt eingesetzte Kommission von je drei Prinzipals- und Gehilfenvertretern sich mit Mitgliedern des 12. Ausschusses vorbereitend in Verbindung gesetzt. Mit diesem hat die Kommission wiederholt verhandelt und ihm an der Hand von Druckerzeugnissen die Schädigungen erklärt, die das in Aussicht genommene Gesetz dem Lithographie- und Steindruckgewerbe bringen wird.

Unser langjähriges Mitglied, der Lithographenkollege Ernst Schädlich, jetzt Arbeiterssekretär in Celle und Mitglied der Nationalversammlung, hat sich besonders bemüht, bei den Beratungen des 12. Ausschusses unseren Standpunkt zu vertreten. Dieser schreibt uns jetzt über diese Angelegenheit das folgende:

»Wie an dieser Stelle schon dargelegt wurde, beabsichtigte der Regierungsentwurf, aus dem graphischen Gewerbe durch eine erhöhte Umsatzsteuer besonders große Summen für das Reich herauszuziehen. Während die allgemeine Umsatzsteuer ein Prozent des »Entgelts« betragen sollte, soll nach dem § 20 der Regierungsvorlage die Steuer für »Bildwerke« sowie Zier- und Schmuckgegen-

stände ausschließlich von Bildwerken mit einer Steuer von zehn Prozent belastet werden. Der Ausschuß, der zu einer gründlichen Beratung dieses Steuerentwurfes eingesetzt war, erregte den Betrag der »Luxussteuer« sogar auf fünfzehn Prozent. Ferner sollte die Steuer für alle Anzeigen zehn Prozent betragen, sofern sie durch Druck hergestellt sind, also Inserate, Plakate usw. Unter »Bildwerke« des § 20 wäre alles gefaßt, was durch Druck hergestellt wird und irgend eine Gegenstand darstellt; denn die Begründung der Regierungsvorlage sagt ausdrücklich: »von der Ansichtspostkarte bis zum wertvollen Kunstdruck.« Und schließlich sollen die »Originalwerke der Plastik, Malerei und Graphik« ebenfalls mit einer Steuer von fünfzehn Prozent ihres Verkaufspreises belegt werden. Die in großen Massen hergestellten Künstlersteinzeichnungen wären als Originalwerke dann ebenfalls besteuert und das Bild des unbemittelten Mannes mit einer Luxussteuer belegt worden.

Wären diese Vorschläge Gesetz geworden, dann wäre unser Gewerbe, das schon seit Jahren schlecht geht und durch den Krieg noch besonderen Schaden erlitten hat, in dauernde wirtschaftliche Not hineingeworfen worden. Es galt daher, durch entsprechende Anträge das Gebiet der Luxussteuer, soweit es unser Gewerbe betrifft, möglichst zu beschränken. Nachstehend sollen die Beschlüsse des Ausschusses dargelegt werden; es ist nicht anzunehmen, daß das Plenum der Nationalversammlung Änderungen vornehmen wird.

Zunächst galt es, die Ansichtspostkarten von der erhöhten Steuer zu befreien. Diese sind durch die Gesetzgebungsarbeiten und durch die wiederholte Erhöhung des Portos bereits derartig im Preis gestiegen, daß sie eine nochmalige Belastung in beabsichtigter Höhe nicht vertraglich können. Die vorgetragenen Bedenken wurden gewürdigt, die Ansichtspostkarten bleiben von der Luxussteuer befreit; desgleichen auch die Glückwunsd- und Trauerkarten.

Da es auch nicht die Absicht der Regierung sein konnte, alle »Bildwerke«, die für unsere Kinder angefertigt werden, als »Luxus« zu betrachten, stellte ich den Antrag: »Bildwerke, soweit sie zur Unterhaltung und Fortbildung der Jugend dienen« von der erhöhten Steuer zu befreien. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen. Auf Wunsch des Regierungsvertreeters legte ich ein Verzeichnis derjenigen Druckerzeugnisse, welche der angenommene Antrag in sich schließt, vor. Dazu gehören Reliefs (Stammbüchlein), Sinnspiele, Zuzugsbilder (Liegsbilder, Sammelmappen, Kalender, religiöse Bilder), Abziehbilder, Buchzeichen, Ankleidefiguren, Modillierbogen, Kinderspiele usw. Es ist anzunehmen, daß die Regierung bei Erlaß der Ausführungsbestimmungen auf dieses Verzeichnis Rücksicht nimmt. Außerdem erklärte ein Vertreter der Regierung auf meine Anfrage, daß Verzierungen auf Papier, wie z. B. die Kanten an den Küchenmöbeln, Tischläufer, Mundtücher usw. nicht als Luxus zu betrachten sind und darum auch nicht der erhöhten Steuerpflicht unterliegen. Der Steuer sollen ferner nicht unterliegen Photographien, die lediglich Personen darstellen; damit sind erfreulicherweise auch die Schädigungen für die Porträtfotographie abgewehrt worden.

Unerhört hoch wäre die Plakatindustrie betroffen worden; sollten doch die Anzeigen mit zehn Prozent besteuert werden. Unter Anzeigen sind zu verstehen: Inserate, Plakate, überhaupt jede Art geschäftlicher Empfehlung durch Wort, Bild oder plastische Darstellung. Packungen sind nicht darunter zu verstehen, wenn nur die Firma und der Artikel ohne besondere Anpreisungen daraufsteht. Diese Steuer würde nicht nur unerträglich hoch in das Wirtschaftsleben eingegriffen, sondern auch dem Reich an allgemeinen Umsatzsteuern weniger eingebracht haben, da die Folge dieser Besteuerung ein geringerer Umsatz überhaupt gewesen wäre. Wir beantragen daher, daß bei »Anzeigen, soweit sie nicht in Zeitungen und Zeitschriften erscheinen«, die Steuer sich auf fünf vom Hundert ermäßige. Dieser Antrag wurde angenommen. Ein weiterer Antrag:

»Plakate, deren entgeltlicher Anschlag die Dauer von sieben Tagen nicht übersteigt, bleiben von der Entrichtung der erhöhten Umsatzsteuer befreit, sofern das Papiergewicht dieser Plakate weniger als 100 Gramm für den Quadratmeter beträgt«, wurde von uns zurückgezogen, da seine Durchführung zu schwierig oder geradezu unmöglich sei.

In welcher Form die Inserate besteuert werden sollen, soll in diesem Zusammenhang, da zu weitgehend, nicht erörtert werden.

Bei der Anzeigensteuer warf ich die Frage der Doppelbesteuerung auf, da ja nicht nur die Anzeigen, sondern auch der öffentliche Anschlag der Steuer unterliegen soll. Ein Regierungsvertreter betonte, daß hier zwei verschiedene Unternehmer in Frage kämen, der Verleger und der Besitzer der Anschlagssäulen. Es liegen dann auch zwei Gewinne vor, deshalb bestehe keine Ursache, von der Doppelbesteuerung abzusehen, da dies sonst dem Zweck des Gesetzes entgegenstehen würde.

Und schließlich galt es noch, die Künstlersteinzeichnungen aus der erhöhten Besteuerung herauszunehmen. Mein Antrag lautete:

